

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 32/3 (2005)

DOI: 10.11588/fr.2005.3.64099

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

französischen Militäreinsatz wurden regierungsinterne Gedankenspiele über eine Neubestimmung des deutschen Algerienkurses von der »politique du grand écart« in Richtung auf eine »équidistance« (S. 227) daher nur bedingt umgesetzt. Gewiß, seit 1958 entfaltete sich unterhalb der Ebene der »Großen Politik« »une politique à deux étages – solidarité franco-allemande affichée mais une évolution simultanée de la politique arabe sur le plan de la diplomatie de haut vol« (S. 278). Und das Auswärtige Amt stand in engem Kontakt mit SPD-Politikern, die der algerischen Befreiungsfront gute Dienste leisteten, billigte 1961 auch wirtschaftliche Aktivitäten deutscher Unternehmer vor Ort. Adenauer hingegen hielt sich bis zum Friedensschluß von Évian Anfang 1962 dezidiert zurück, sperrte sich gegen den Rat der Diplomatie, in direktem Gespräch mit de Gaulle auf eine Beendigung des Krieges hinzuwirken. So grausam der Unabhängigkeitskampf auch sein mochte, besaß er im Gesamtkontext seiner Frankreichpolitik nur nachrangige Bedeutung. Nicht das Schicksal Algiers, sondern Berlins trieb den Kanzler um. Da de Gaulle in der Berlin-Krise fest an seiner Seite stand, wahrte Adenauer seine aus Loyalität geborene Neutralität. Am Ende zahlte sich die Bonner Spagatpolitik aus. Die drohende Gefahr einer Anerkennung der DDR durch arabische Staaten konnte abgewehrt, die deutsch-französische Entente gefestigt werden. Ob der General dem Kanzler bei einer algerienfreundlicheren Position den deutschlandpolitischen Beistand gekündigt hätte, erscheint angesichts der historischen und politischen Dimension der von ihnen betriebenen Aussöhnung zwischen beiden Völkern indes eher unwahrscheinlich.

Ulrich LAPPENKÜPER, Bonn

William Glenn GRAY, *Germany's Cold War. The Global Campaign to Isolate East Germany, 1949–1969*, Chapel Hill (The University of North Carolina Press) 2003, 351 S.

Die grundlegende außenpolitische Entscheidung der Bundesregierung von 1949, die DDR nicht anzuerkennen, wurde nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion 1955 in die Form der sogenannten »Hallstein-Doktrin« gegossen. Sie beruhte auf dem Anspruch der Bundesrepublik, allein für das deutsche Volk sprechen zu können; wer Beziehungen zu Ost-Berlin aufnahm, mußte mit Sanktionen rechnen, die bis zum Abbruch der Beziehungen mit Bonn gehen konnten. Die Hallstein-Doktrin ist sowohl zeitgenössisch als auch im nachhinein mehr gescholten als gelobt worden; erst vor wenigen Jahren hat Werner Kilian mit seinem Buch zu diesem Thema auf der Basis von Akten aus beiden deutschen Außenministerien nochmals in den Chor der Kritiker eingestimmt.

Gray vermeidet in seiner Studie ein vorschnelles Urteil. Auf der Grundlage der west- und der ostdeutschen, aber auch der amerikanischen, britischen und französischen Akten bettet er die westdeutsche Nichtanerkennungspolitik in den internationalen, den innerdeutschen und den innenpolitischen Kontext ein. Er arbeitet Genese und Wandel in der Anwendung der Hallstein-Doktrin, vor allem aber die Reaktionen der östlichen Seite sowie die Gegenstrategie der DDR deutlich heraus und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur west- wie zur ostdeutschen Außenpolitik der fünfziger und sechziger Jahre. Weitgehend bekannt ist die Entstehung der Nichtanerkennungspolitik und der – damals noch nicht so genannten – Hallstein-Doktrin im Herbst 1955. Auf einer Botschafterkonferenz vom Dezember 1955 wirkte Wilhelm Grewe darauf hin, in dieser Frage möglichst flexibel zu bleiben – Gray spricht zu Recht von einem »program of calculated ambiguity that would preserve maximum maneuvering room for the Federal Republic« (S. 47). Zunächst hielten sich die Kosten dieser Politik in Grenzen. Der Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien nach der Anerkennung der DDR durch Belgrad im Jahre 1957 blockierte zwar vorerst die westdeutsche Außenpolitik gegenüber den Ostblockstaaten. Der dadurch erreichte

Abschreckungseffekt auf die anderen neutralen und nicht-gebundenen Staaten wog diesen Nachteil jedoch deutlich auf.

Nachdem die Hallstein-Doktrin die zweite Berlin-Krise überlebt hatte, kam mit der massiven Ausweitung der westdeutschen Entwicklungshilfe zu Beginn der sechziger Jahre ein neues Element zur Praxis der Nichtanerkennungspolitik hinzu. Im September 1961 drohte ein Regierungssprecher erstmals, daß jedes Land, das die DDR anerkenne, keine Entwicklungshilfe mehr erhalten würde. Diese durchaus gebotene Ausweitung der Nichtanerkennungspolitik erwies sich in den nächsten Jahren als zweiseitiges Schwert: Da Bonn die eigene Präsenz in der Dritten Welt nicht vorschnell aufs Spiel setzen wollte, erhielten einzelne Entwicklungsländer damit die Möglichkeit, sich ihre Festlegung gegen eine DDR-Anerkennung bezahlen zu lassen. In diesen Jahren bewährte sich freilich die Flexibilität der Hallstein-Doktrin. Die Bundesregierung ließ ihr Handeln nicht von Präzedenzfällen, sondern von ihren Interessen bestimmen: So konnte sich etwa Ägypten gegenüber der DDR mehr erlauben als Ceylon, ohne mit Sanktionen belegt zu werden.

Die Zeit von November 1964 bis Januar 1965 markiert für Gray den Anfang vom Ende der Hallstein-Doktrin. Denn in der komplizierten Situation in Nahost hätten sich die bundesdeutschen Politiker nicht mehr an den Primat der Nichtanerkennungspolitik gebunden gefühlt. Angesichts des Ägypten-Besuchs von Ulbricht im März 1965 konnten sich diejenigen nicht durchsetzen, die einen Abbruch der Beziehungen zu Kairo befürworteten. Erhard zog es vor, mit der überstürzten diplomatischen Anerkennung Israels zu reagieren, was den Bruch mit zehn Staaten der arabischen Welt nach sich zog. Für Gray ist entscheidend, daß die führenden Bonner Politiker nicht mehr bereit waren, die »ultima ratio« der Hallstein-Doktrin ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Die Aufrechterhaltung der bundesdeutschen Präsenz in den Ländern der Dritten Welt zählte fortan mehr als die Isolation der DDR.

Dennoch dauerte es weitere vier Jahre, bis der ostdeutsche Teilstaat diplomatische Beziehungen zu Staaten außerhalb des sowjetischen Machtbereichs aufnahm. Erst 1969 erkannten der Irak, Kambodscha, der Sudan, Syrien, Jemen und Ägypten die DDR völkerrechtlich an. Wenngleich Ost-Berlin in diesen Staaten intensive Vorarbeit geleistet hatte, kam vor allem die Anerkennung durch den Irak für den ostdeutschen Außenminister Winzer überraschend. Gray macht vor allem finanzielle Interessen dieser Staaten für diesen Schritt gegenüber der DDR verantwortlich. Doch ging es insbesondere dem Irak und wohl auch Kambodscha vor allem darum, über eine Anerkennung der DDR sich einer weitergehenden Unterstützung durch die Sowjetunion zu sichern. Zutreffend wird anschließend dargelegt, daß Kambodscha und die arabischen Länder sich ihre politische Hinwendung nach Ost-Berlin gut bezahlen ließen. Dies belastete die DDR finanziell so stark, daß sie es sich danach nicht mehr leisten konnte, die Anerkennung durch weitere Staaten zu erkaufen.

Das bedeutete jedoch umgekehrt, daß die diplomatische Isolation der DDR über das Jahr 1969 hinaus weitgehend aufrechterhalten werden konnte. Dies erstaunt um so mehr, als die Große Koalition sich im Mai 1969 im Falle Kambodschas nur zu einem »Einfrieren« der Beziehungen entschloß und die sozialliberale Koalition mit Hilfe der sogenannten »Scheel-Doktrin« die DDR nur noch solange blockieren wollte, bis die innerdeutschen Verhandlungen abgeschlossen waren. Gegenüber der Bundesrepublik besaß die DDR folglich ein weitaus geringeres Gewicht in den internationalen Beziehungen. Die Hallstein-Doktrin blieb daher nicht nur bis 1969, sondern grundsätzlich bis zu dem Zeitpunkt wirksam, als Bonn einer Anerkennung der DDR nichts mehr in den Weg legte. Gray hätte seine verdienstvolle Studie, die nicht nur die Probleme, sondern auch die Erfolge der westdeutschen Nichtanerkennungspolitik herausarbeitet, durchaus bis 1972 fortschreiben können.

Hermann WENTKER, Berlin